



Niederschrift Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Land- und Forstwirtschaft

Sitzungstermin:	Montag, 25.09.2017
Sitzungsbeginn:	20:38 Uhr
Sitzungsende:	21:50 Uhr
Ort, Raum:	Bürgersaal des Stadthauses
Sitzungsnummer	ULF/012/17

Verlauf

- 1 Bericht des Magistrats
- 2 Beratung und Feststellung des Waldwirtschaftsplans für den Stadtwald Gernsheim für das Haushaltsjahr 2018
Beschlossen durch Magistrat am 06.09.2017
Vorlage: 0185/S/17

Zu diesem Tagesordnungspunkt stehen Vertreter von Hessenforst Groß-Gerau für Erläuterungen und Fragen zur Verfügung.
- 3 Aufbau einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur für Elektromobile im neuen Baugebiet Ringstraße 2, 2. Abschnitt
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.06.2017, eingegangen am 27.06.2017
Vorlage: 0160/S/17
- 4 Hochwasserschutz in Klein-Rohrheim
Resolution der CDU-Fraktion im Ortsbeirat Klein-Rohrheim vom 29.06.2017, eingegangen am 03.07.2017
Vorlage: 0162/S/17
- 5 Initiative zur Förderung der E-Mobilität durch Kontaktaufnahme mit Handel und Gewerbe
Antrag der CDU-Fraktion vom 19.08.2017, eingegangen am 21.08.2017
Vorlage: 0197/S/17
- 6 Belastung des Rheinwassers mit multiresistenten Keimen; Prüfung einer vierten Klärstufe
Antrag der SPD-Fraktion vom 01.09.2017, eingegangen am 06.09.2017
Vorlage: 0203/S/17

Anwesenheit: Siehe beiliegende Teilnehmerliste

Verlauf

Herr Vorsitzender Piscopia begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Die fristgerechte Einladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt. Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Herr Piscopia stellt fest, dass folgende Ausschussmitglieder stimmberechtigt sind:

Für die CDU-Fraktion: Frau Kaspar, Herr Bang, Herr Hillerich

Für die SPD-Fraktion: Herr Thumm, Herr Bayer

Für die FDP-Fraktion: Herr Kummetat

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Herr Piscopia

1 Bericht des Magistrats

Auf Grund des ausführlichen Magistratsberichts in der vorangegangenen Sitzung des Bauausschusses, zu der alle Damen und Herren der Stadtverordnetenversammlung geladen waren, entfällt der Magistratsbericht in der heutigen Sitzung des ULF.

2 Beratung und Feststellung des Waldwirtschaftsplans für den Stadtwald Gernsheim für das Haushaltsjahr 2018 Beschlossen durch Magistrat am 06.09.2017, Vorlage: 0185/S/17

Zu diesem Tagesordnungspunkt stehen Vertreter von Hessenforst Groß-Gerau für Erläuterungen und Fragen zur Verfügung.

Herr Velbecker vom Forstamt Groß-Gerau erläutert an Hand von Beispielen die neuen Regelungen zu den künftigen Beförsterungskosten und anschließend den Waldwirtschaftsplan für das Jahr 2018.

Der Ausschuss für Umwelt, Land- und Forstwirtschaft empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Schöfferstadt Gernsheim beschließt den als Anlage beigefügten Waldwirtschaftsplan für das Haushaltsjahr 2018 für den Stadtwald Gernsheim.

Der Waldwirtschaftsplan schließt wie folgt ab:

ERGEBNISHAUSHALT

Erträge	EUR 180.294,00
Aufwendungen	EUR 168.030,00
Überschuss	<u>EUR 12.264,00</u>

FINANZHAUSHALT

Einzahlungen	EUR	0,00
Auszahlungen	EUR	0,00
	<u>EUR</u>	<u>0,00</u>

Die endgültige Regulierung erfolgt im Haushaltsplan 2018 der Schöfferstadt Gernsheim.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

- 3** **Aufbau einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur für Elektromobile im neuen Baugebiet Ringstraße 2, 2. Abschnitt**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.06.2017, eingegangen am 27.06.2017
Vorlage: 0160/S/17

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird nachfolgender Antrag vorgelegt:

„1. Der Magistrat wird beauftragt im Rahmen der Erschließung des neuen Wohnbaugebietes Ringstraße 2 zunächst eine Kostenermittlung für den flächendeckenden Aufbau einer Ladeinfrastruktur für E-Mobile zu erstellen.
2. Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen in wie weit öffentliche Fördermittel gewonnen werden können um z.B. im Rahmen eines Pilotprojekts diese Ladeinfrastruktur zu verwirklichen.
3. Der Magistrat nimmt Kontakt zum Netzbetreiber Entega auf, um gemeinsam dieses Projekt anzugehen. Sollte die Entega kein Interesse bekunden, werden auch andere Anbieter, z.B. die GGEW Bensheim, angesprochen.
4. Nach Vorlage der unter 1-3 geprüften Punkte entscheidet die Stadtverordnetenversammlung über die endgültige Umsetzung.“

Nach ausführlicher Diskussion wird einvernehmlich vereinbart, die vier Punkte des Antrags getrennt abzustimmen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über Ziffer 1: Ablehnung

Ja-Stimmen : 1 (1 Bündnis 90/Die Grünen)
Nein-Stimmen : 6 (3 CDU, 2 SPD, 1 FDP)
Enthaltung : -

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über Ziffer 2: Ablehnung

Ja-Stimmen : 1 (1 Bündnis 90/Die Grünen)
Nein-Stimmen : 6 (3 CDU, 2 SPD, 1 FDP)
Enthaltung : -

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über Ziffer 3: Zustimmung

Ja-Stimmen : 5 (1 CDU, 2 SPD, 1 FDP, 1 Bündnis 90/Die Grünen)
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : 2 (2 CDU)

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über Ziffer 4: Ablehnung

Ja-Stimmen : 1 (1 Bündnis 90/Die Grünen)
Nein-Stimmen : 6 (3 CDU, 2 SPD, 1 FDP)
Enthaltung : -

4

Hochwasserschutz in Klein-Rohrheim

Resolution der CDU-Fraktion im Ortsbeirat Klein-Rohrheim vom 29.06.2017, eingegangen am 03.07.2017

Vorlage: 0162/S/17

Seitens der CDU-Fraktion im Ortsbeirat Klein-Rohrheim wird nachfolgende Resolution vorgelegt:

„Die Stadtverordnetenversammlung erklärt: Die Ausführungen des RP Darmstadt (RP) zum Hochwasserschutz durch Deiche (Schreiben vom 26.10.2016) sind in jeder Hinsicht unbefriedigend. Das Land Hessen entzieht sich seiner Verpflichtung; die Kommune und die betroffenen Eigentümer werden einseitig belastet.

Besonders schwerwiegend ist, dass durch die Ausführungen "Vermeidung zukünftiger Schadenspotentiale" die Ortsentwicklung erheblich beeinträchtigt und der Neubau in Klein-Rohrheim weitgehend verhindert werden.

Die Antwort des RP auf die Sachstandsanfrage des Ortsbeirates zur Eindeichung Klein-Rohrheim zeigt, dass das RP als zuständige Flussgebietsbehörde die Kosten für den Deichbau als nicht angemessen und nicht wirtschaftlich erachtet. Ferner führt das RP aus, dass ein technischer Hochwasserschutz im Sinne eines absoluten Hochwasserschutzes wirtschaftlich nicht umsetzbar ist; obgleich bereits 115 Km Deiche gebaut bzw. saniert wurden - nur in Klein-Rohrheim nicht. Das RP formuliert im Sinne eines Hochwasserrisikomanagements Möglichkeiten, die vorhandenen Risiken im Ortsteil Klein-Rohrheim festzustellen, zu minimieren und Schäden zu vermeiden. Die vier genannten wesentlichen Handlungsbereiche und -ansätze (Stadtplanung, Gefahrenabwehr / Ereignisvorsorge, Objektschutz, externe Expertise) sind ausschließlich eigenverantwortlich (Kommune und / oder betroffene Eigentümer) und auf deren eigene Kosten ausgelegt. Eine Beteiligung durch das Land, vertreten durch das RP geschieht ausschließlich beratend. Der Hochwasserschutz und die damit verbundenen Kosten werden damit ausschließlich auf die Kommune und die betroffenen Eigentümer verlagert.

Das Land, vertreten durch das RP als zuständige Behörde für den Hochwasserschutz, wird nach unserer Auffassung seiner hoheitlichen Aufgabe nicht gerecht. Die individuellen Sach- und Personenschäden bei eintretendem Hochwasser werden unverhältnismäßig gering erfasst bzw. berücksichtigt.

In den Ausführungen des RP vermissen wir zumindest eine Gegenüberstellung der verschiedenen denkbaren Deichlinien. Ein wirksamer Schutz könnte bereits mit ca. 1200 m Deichbau erreicht werden.

Vor dem Hintergrund des am 18.05.2017 beschlossenen Hochwasserschutzgesetz II und den im Vorblatt dazu gemachten Ausführungen sind die Aussagen des RP noch weniger nachvollziehbar.

"Ziel (...) ist es insbesondere,

- Vorschriften zu schaffen, die die Verfahren für die Planung, die Genehmigung und den Bau von Hochwasserschutzanlagen - so weit wie möglich und sinnvoll - erleichtern und beschleunigen, ohne die Beteiligung der Öffentlichkeit zu beschneiden, Gerichtsverfahren gegen geplante und genehmigte Hochwasserschutzmaßnahmen - so weit wie möglich und sinnvoll - zu beschleunigen,
- zusätzliche Vorschriften zu schaffen, die dazu beitragen, die Entstehung von Hochwasser einzudämmen,
- Regelungslücken zu schließen, um Schäden durch Hochwasser zu verhindern oder zu vermindern."

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig

Nein-Stimmen : -

Enthaltung : -

5 Initiative zur Förderung der E-Mobilität durch Kontaktaufnahme mit Handel und Gewerbe

Antrag der CDU-Fraktion vom 19.08.2017, eingegangen am 21.08.2017

Vorlage: 0197/S/17

Seitens der CDU-Fraktion wird nachfolgender Antrag vorgelegt:

“Der Magistrat der Schöfferstadt Gernsheim wird gebeten, mit den in Gernsheim ansässigen Betreibern von z.B. Supermärkten und Tankstellen Kontakt aufzunehmen, um die Bereitschaft zu erfragen und diese zu bewegen, auf deren Grundstücken private Ladestationen für Elektro-Fahrzeuge zu errichten.“

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 5 (3 CDU, 1 FDP, 1 Bündnis 90/Die Grünen)

Nein-Stimmen : -

Enthaltung : 2 (2 SPD)

6 Belastung des Rheinwassers mit multiresistenten Keimen; Prüfung einer vierten Klärstufe

Antrag der SPD-Fraktion vom 01.09.2017, eingegangen am 06.09.2017

Vorlage: 0203/S/17

Seitens des Antragstellers wird der Antrag auf Grund der fortgeschrittenen Zeit bis zur Sitzung des HFA am 26.09.2017 zurückgestellt. In der Sitzung des HFA wird eine ausführliche Beratung über den Antrag erfolgen. In der heutigen Sitzung erfolgt somit keine Abstimmung über den Antrag.

Gelesen, genehmigt und unterschrieben

Vorsitzender

Schriftführerin